

Islam im öffentlichen Raum

Armina Omerika

In den letzten zwei Jahrzehnten ist der Islam in den öffentlichen Räumen europäischer Gesellschaften zunehmend sichtbar geworden: Moscheebau, Symbole bzw. Körperpraktiken wie das Kopftuch oder der Burkini muslimischer Frauen und Halal-Produkte auf dem Markt sind nur einige Beispiele dieser Sichtbarkeit. Was auf der einen Seite als Ankommen einer – zumindest mit Blick auf die Zahlen – im Wesentlichen im Laufe des letzten Jahrhunderts nach Europa eingewanderten Religion betrachtet werden kann, hat auf der anderen Seite starke Abwehrreflexe und nicht zuletzt Konfliktsituationen hervorgerufen. Man denke hier etwa an Gerichtsprozesse zur Frage des Kopftuchs in Schulen und anderen öffentlichen Institutionen, an Initiativen gegen den Bau von Minaretten, Diskussionen des Burka-Verbots und nicht zuletzt weitere europaweit in der »muslimischen Frage« gebündelte Themenkomplexe wie beispielsweise die Politisierung oder Gewalt- und Bedrohungspotential des Islams. Zugleich werden auch innermuslimische Debatten, Konflikte und Auseinandersetzungen zunehmend in der öffentlichen Sphäre ausgetragen und werden somit auch für Außenstehende sichtbar: Die Frage etwa von Legitimität und Repräsentativität im Kontext der Verhandlungen mit dem Staat hat die freilich nicht erst seit Kurzem vorhandenen Abgrenzungslinien unter muslimischen Gemeinschaften ins Licht gerückt. Zu dieser Offenkundigkeit der organisatorischen Pluralität des Islams kommt die zunehmend öffentlich artikulierte Vielfalt von muslimischen theologischen Positionierungen, gesellschaftlichen Diskursen und Islamverständnissen.

Die starke Fokussierung auf den Islam in den öffentlichen Diskussionsräumen, wie sie sich in den sogenannten »Islamdebatten« oder »Islamdiskursen« ausdrückt, lässt den Islam und die Problematiken, die im Zusammenhang mit ihm verhandelt werden, auf den ersten Blick als einen außerordentlichen Fall unter den vielen Religionen Europas erscheinen – als einen Sonderfall, der besonderer Reglementierungen und Maßnahmen bedarf. Beispiele dafür, dass dieser wahrgenommene »Son-

derstatus« durchaus praktische Konsequenzen hat, lassen sich zuhauf finden: So konnten die in mehreren europäischen Ländern in den vergangenen Jahren erlassenen Verhüllungsverbote kaum verstecken, dass sie in Wirklichkeit vorrangig islambezogen waren (die umgangssprachliche Bezeichnung als »Burka-Verbote« war insofern keineswegs unzutreffend); die Einbürgerungstests in einigen deutschen Bundesländern, die in Teilen speziell auf MuslimInnen zugeschnitten waren, gaben Anlass zu Kritik an diskriminierender Ausgrenzung von muslimischen AntragsstellerInnen; in weiten Teilen der deutschsprachigen Gesellschaften ist die Verwendung des Begriffs »Islamkritik« für ein ausschließlich auf den Islam ausgerichtetes Genre von (vermeintlicher oder tatsächlicher) Religionskritik mittlerweile geläufig, trotz der Tatsache, dass sie in dieser Engführung keine Entsprechung in Bezug auf andere Religionen oder Religionsgemeinschaften findet. Auch die ausländische Finanzierung und die transnationalen Anbindungen und Bezüge muslimischer Gemeinden und Organisationen sind (und dies nicht erst seit der Diskussion um die DİTİB und ihre Abhängigkeit von einem zunehmend autoritären und autokratischen Regime in der Türkei) Themen, die sicherlich auf die meisten großen Religionen mit weltweiter Anhängerschaft zutreffen. Öffentlich kontrovers diskutiert und sogar gesondert gesetzlich geregelt, wie im Falle des Islamgesetzes in Österreich, werden sie allerdings spezifisch und ausschließlich im Falle des Islams. Nicht zuletzt die »Islampolitiken« europäischer Staaten, die solche Konstruktionen wie eine eigens mit Blick auf Muslime organisierte Integrationsplattform wie die Deutsche Islam Konferenz ermöglichen, unterstreichen diesen Sonderstatus des Islams.

Dabei sind die Probleme, die zur Debatte stehen, keineswegs Alleinstellungsmerkmale des Islams. Selbstverständlich gibt es im Falle jeder Religion bzw. Religionsgemeinschaft Fragen, die ihr eigentümlich sind und die zumindest in freien, offenen Gesellschaften auch nicht davor gefeit sind, Gegenstand öffentlicher Diskussionen im Sinne von Kritik beispielsweise an Praktiken, Überzeugungen, gesellschaftlichen Positionen oder organisatorischen Hierarchien der religiösen Akteure zu werden. Der erwähnte »Sonderfall Islam« Islam scheint trotzdem mit einigem mehr zusammen zu hängen als wirklich nur mit »dem Islam«.

Vielmehr würde ich, in Anlehnung an einige Sozialforscher wie z. B. *Stefano Allievi*, sagen, dass das Feld »Islam in der Öffentlichkeit« als eine Ersatzplattform dient, um die mannigfaltigen nicht lediglich quantitativen, sondern auch qualitativen Veränderungen in den Ordnungsmustern europäischer Gesellschaften zu verhandeln, die sich unter anderem aus der migrations- und mobilitätsbedingten Pluralisierung der letzten